

Antrag 22/I/2021

SPD-UB Northeim-Einbeck

Der Landesparteitag möge beschließen:

Senkung des Strompreises

1 Die Fraktion der SPD im Bundestag soll sich dafür einsetzen, den Strompreis zu senken und insbesondere
2 den EEG-Anteil, die Stromsteuer und die zugehörige Mehrwertsteuer als Entlastungsmöglichkeit für Mil-
3 lionen Menschen in Deutschland zu nutzen.

4

5 **Begründung**

6 Die aktuellen Diskussionen um Klimawandel, Klimaschutz und Energiepolitik haben für die Menschen in
7 Deutschland auch sehr viel mit Verteilungsgerechtigkeit zu tun.

8 Die EEG-Umlage wird nur von denjenigen bezahlt, die nicht die Möglichkeit haben sich davon befreien zu
9 lassen, also alle privaten Haushalte und kleine bis mittelgroße Unternehmen. Auf die Stromsteuer wird
10 zusätzlich noch die Mehrwertsteuer aufgerechnet.

11 Wenn jetzt auch noch über eine CO₂ – Abgabe gesprochen wird, die sich ja die CDU-Kanzlerin ohne Wei-
12 teres vorstellen kann, bleibt nach bisheriger Spielart im Industriestandort Deutschland nur der normale
13 Verbraucher und die kleinen bis mittelgroßen Unternehmen über, die zusätzlichen Lasten zu tragen.

14 Hier sollte die SPD (der Staat) ansetzen und endlich einmal sozial gerecht den Bürger über die
15 Energiekosten entlasten. Der Gesetzgeber kann ganz schnell die Stromrechnung der privaten Haushalte
16 senken, damit diese nicht womöglich durch noch höhere Kosten durch teurere CO₂- Zertifikate oder etwai-
17 ge Folgen des Kohleausstiegs aufgebläht werden. Um ca. 7,5 Cent je Kilowattstunde könnte die Stromrech-
18 nung für private Haushalte niedriger ausfallen, wenn der Staat auf die Stromsteuer sowie auf den damit
19 verbundenen Teil der Mehrwertsteuer verzichten und dann auch die Subventionierung der energieintensi-
20 ven Betriebe übernehmen würde, die bisher über die sogenannte EEG-Umlage den privaten Kunden aufge-
21 halst wird.

22 Bei rund 120 Milliarden Kilowattstunden, die private Haushalte verbrauchen, macht das für den Staatshaus-
23 halt ein jährliches Minus von neun Milliarden Euro aus.

24 Eine weitere Senkung wäre möglich, wenn die zugesicherten, garantierten Profite der privaten Übertra-
25 gungsnetzbetreiber, die für ihr Monopol von den Bundesnetzagentur einen garantierten Profit von 6,91 Pro-
26 zent auf das eingesetzte Kapital zugesprochen bekommen, künftig nur noch wettbewerbsgerechte Preise
27 zugestanden bekämen.

28

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Wahlprogramm zur Bundestagswahl